

Studie: Bis 2030 fehlen in Bayern 50.000 Ärzte und Pflegekräfte

Düsteres Szenario: Ohne geeignete Maßnahmen werden in Bayern bis zum Jahr 2030 knapp 50.000 ärztliche und nicht-ärztliche Fachkräfte in der Gesundheits- und Pflegebranche fehlen. Das hat eine aktuelle Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) ergeben, bei der 2,5 Millionen Arbeitsplätze untersucht und 40 Millionen Datensätze zu Arbeitsmarkt, Altersstruktur und Ausbildungsentwicklung analysiert wurden.

Der Untersuchung zufolge zeichnet sich folgende Entwicklung ab: Ab 2020 kommt die erste Nachkriegsgeneration in ein Alter, in dem die Multimorbidität eine deutliche Nachfragesteigerung von Gesundheitsleistungen hervorrufe. 2030 kommt dann erschwerend hinzu, dass die sogenannten Babyboomer in Rente gehen und es weniger Berufsanfänger gibt. Die Konsequenz sei ein „erheblicher Fachkräftemangel“ in der Gesundheitsbranche, erklärt PwC: Für immer mehr ältere und kranke Menschen stehen immer weniger Ärzte und Pfleger zur Verfügung. Schon heute würden in Bayern 16.300 Fachkräfte fehlen, im Jahr 2020 seien es 24.000 und 2030 die besagten rund 50.000.

Die effektivste Maßnahme gegen diesen Personalmangel ist laut PwC die Wiederbeschäftigung von ausgebildeten Fachkräften, die den erlernten Beruf nicht mehr ausüben: etwa der Mediziner, der in der Pharmabranche arbeitet, oder die Pflegekraft, die nach einem Erziehungsurlaub nicht mehr in den Pflegeberuf zurückkehrt, weil sie keinen Schichtbetrieb mehr leisten kann oder will. Neben nachfrageinduzierten Maßnahmen – etwa kosteneffiziente Gesundheitssysteme – müssten Wege gefunden werden, ausgebildete Ärzte und Pflegekräfte, die nicht mehr im angelernten Beruf tätig seien, wieder für ihren Beruf zu begeistern, sagt Studienleiter Michael Burkhart. „Dies hat viel mit Ansehen, Anerkennung und Motivation zu tun.“ Auch sei es wichtig, das Fachkräftepotenzial nachhaltig besser auszuschöpfen. Dies könne durch eine Standardisierung der Qualifikation, zum Beispiel gleiche Ausbildung bei Kranken- und Altenpfleger, durch eine Verbesserung der Work-Life-Balance mittels innovativer Arbeitszeitmodelle sowie erleichterter Anerkennung ausländischer, gleichwertiger Abschlüsse geschehen.

Als mögliche Ursachen, weshalb insbesondere Allgemeinmediziner und Pflegekräfte zukünftig am meisten fehlen werden, wird die mangelnde Anerkennung von diesen Berufsgruppen genannt. Die Ärzte würden sich über ihre negative Lebenswirklichkeit beklagen, hätten zum Beispiel weniger als zehn Minuten bezahlter Zeit pro Patient zur Verfügung und müssten etwa ein Drittel ihrer Zeit für Bürokratie aufwenden, heißt es in der Studie. Bei den Pflegekräften würden hohe physische und psychische Belastungen, keine Integration der Pflege in ärztliche Entscheidungen und eine als nicht angemessen wahrgenommene Vergütung eine Rolle spielen. Krankenpfleger würden durchschnittlich nach zwölf und Altenpfleger nach rund acht Jahren den Beruf dauerhaft aufgeben. Hinzu kämen sowohl bei Ärzten als auch bei Pflegekräften viele Überstunden und die Belastung durch Nacht- und Wochenendschichten.

Blitzinformation

„Wir können nicht weitermachen wie bisher. Aber das System ist deshalb nicht zwingend am Ende, geeignete Maßnahmen innerhalb des Systems könnten rund 40.000 Stellen kompensieren“, betont Burkhart – und lobt die von der Politik geplanten Maßnahmen wie das Versorgungsstrukturgesetz. Es sei ein Schritt in die richtige Richtung, wenn auch mit Nachbesserungsbedarf. Burkhart: „Es legt den Schwerpunkt wieder auf die Nachfrageseite, also: Sicherstellen der Qualität, keine Nachteile für Patienten und effizientere Systeme. Die Angebotsseite wird eher stiefmütterlich behandelt. Zwar wird von Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesprochen und angepassten Vergütungsstrukturen. Ob dies aber ausreicht, die Freude bei Ärzten und Pflegern für deren Berufe wieder zu erlangen, ist fraglich.“ Zudem würden Maßnahmen fehlen, um die „stille Reserve“ zu erhöhen, etwa die erleichterte Anerkennung examinierter Pfleger aus dem Ausland und eine Vereinheitlichung der Ausbildung in Krankenpflege und Altenpflege.

In der Studie hat PwC nicht nur die Situation in Bayern analysiert, sondern auch in anderen Regionen. Die Ergebnisse hierzu stellt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in den kommenden Tagen nach und nach auf ihrer Internetseite www.pwc.de vor.

Quelle: eilmeldung_bounce@facharzt.de; im Auftrag von; eilmeldung@facharzt.de vom 30. August 2011